

FREIBERUFLER-TICKER vom 7. Mai 2021

1. Positive Entwicklung der Ausbildungsverträge von Freiberuflern

Zum jetzigen Start des Ausbildungsjahres 2021/2022 zeichnet sich bei den Freien Berufen eine Erholung ab. Mit einem Plus von 4,9 Prozent zum 31. März 2021 gegenüber dem Vorjahresstichtag liegen die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit 11.147 nach einem Einbruch zum 31. März 2020 gegenüber 2019 nahezu wieder im Bereich der Werte vor der Corona-Krise. „Eine beachtliche Leistung der Kammern der Freien Berufe sowie der ausbildenden Freiberufler und auch ein Zeichen für die Attraktivität der Ausbildungsgänge der Freien Berufe, für die sich junge Menschen entscheiden“, so BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer in einer flankierenden [Mitteilung](#). Die Funke Mediengruppe [berichtete](#) vorab exklusiv.

2. Änderung der zweiten Förderrichtlinie des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ veröffentlicht

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Ende vergangener Woche [mitteilte](#), wurde die neugefasste zweite Förderrichtlinie des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ im Bundesanzeiger veröffentlicht. Für diese Förderrichtlinie stellt das BMBF im Jahr 2021 und 2022 insgesamt 126 Millionen Euro zur Verfügung. Die geänderte Förderrichtlinie umfasst folgende Neuerungen: Die Mindestlaufzeit einer förderfähigen Auftrags- oder Verbundausbildung, die mit bis zu 8.100 Euro finanziell unterstützt wird, wird von sechs Monaten auf vier Wochen verkürzt. Überdies wird die Begrenzung der Unternehmensgröße für die Antragsberechtigung von Stammausbildungsbetrieben auf bis zu 499 Mitarbeitende angehoben. Für Interimsausbildungsbetriebe entfällt die Begrenzung der Unternehmensgröße. Zudem können für pandemiebetroffene Unternehmen die Kosten für externe Prüfungsvorbereitungskurse für Auszubildende im Jahr 2021 zur Hälfte bezuschusst werden, mit bis zu maximal 500 Euro pro Auszubildenden. Die Förderung der Auftrags- und Verbundausbildungen sowie der Zuschuss für externe Abschlussprüfungsvorbereitungskurse können bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See [hier](#) beantragt werden.

3. Bundeskabinett beschließt Berufsbildungsbericht 2021

Das Bundeskabinett [beschloss](#) am 5. Mai 2021 den Berufsbildungsbericht 2021, der die Lage auf dem Ausbildungsmarkt für das Jahr 2020 spiegelt. Danach stellte die Corona-Pandemie den Ausbildungsmarkt vor große Herausforderungen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 57.553 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen. Insgesamt starteten 467.485 Personen mit ihrer Ausbildung. Die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen bleibt laut Berufsbildungsbericht Herausforderung in den nächsten Jahren. Der Bericht weist Rückgänge ebenfalls bei den Freien Berufen auf: Sie verzeichneten bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ein Minus von 8,4 Prozent, die sich in Summe auf 43.139 belaufen. Damit liegt der Anteil der Freien Berufe an den Neuverträgen bei 9,2 Prozent. Der Frauenanteil beläuft sich auf 91,7 Prozent und ist mithin leicht gesunken. Aus dem flankierenden [Datenreport](#) geht hervor, dass die Freien Berufe die meisten Auszubildenden mit ausländischen Wurzeln beschäftigen. Ihr Anteil ist weiter gestiegen – von 14,5 auf 15,7 Prozent.

4. Jugendarbeitslosigkeit in der EU

Nach jüngsten [Angaben](#) des statistischen Amtes der Europäischen Union waren in der Europäischen Union (EU) 2020 rund 16,8 Prozent der unter 25-Jährigen arbeitslos, eine Zunahme von 1,8 Prozentpunkten gegenüber 2019. Nachdem 2019 Tschechien mit 5,6 Prozent

den niedrigsten Wert verzeichnete, wird nun für Deutschland mit 7,5 Prozent wie schon in den Vorjahren wieder die niedrigste Quote ausgewiesen. Der 2020er-Wert für Tschechien liegt bei acht und der für die Niederlande bei 9,1 Prozent. Am anderen Ende der Skala stehen Spanien mit 38,3 Prozent, Griechenland mit 35 Prozent und Italien mit 29,4 Prozent. Diese Zahlen unterstreichen die Bedeutung des hiesigen Erfolgsmodells der dualen Ausbildung, auch getragen von den freiberuflichen Kammern und Verbänden.

5. Arbeitszeit 2019

Fast jede zehnte in Vollzeit erwerbstätige Person (9,7 Prozent) gab 2019 an, gewöhnlich mehr als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten, wie das Statistische Bundesamt anlässlich des Tages der Arbeit am 1. Mai [mitteilte](#). Das Ausmaß überlanger Arbeit veränderte sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum: 1991 betrug der Anteil der betroffenen Erwerbstätigen 10,3 Prozent. Für Selbstständige gehören lange Arbeitstage besonders häufig zum Alltag: Nahezu die Hälfte (46,3 Prozent) arbeitete gewöhnlich mehr als 48 Stunden in der Woche. Der Anteil war allerdings 1991 deutlich höher: 61,4 Prozent. Im selben Zeitraum stieg der Anteil von Arbeitnehmern mit überlangen Arbeitstagen von 4,9 Prozent auf 5,4 Prozent in 2019. Hier waren es zuletzt vor allem Führungskräfte, die sehr lange arbeiteten: Auf fast jede dritte (30,3 Prozent) traf dies zu.

6. Verringerte Einkommensungleichheit

Die Eindämmungsmaßnahmen in der Corona-Pandemie bedeuteten insbesondere für Selbstständige Einkommensverluste – und zwar um durchschnittlich 16 Prozent. Da Selbstständige vor allem in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung zu finden sind und andere Berufsgruppen in ihren Einkommen im Durchschnitt weitestgehend stabil blieben, verringerte sich die Einkommensungleichheit im zweiten Lockdown im Vergleich zu 2019. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer [Studie](#) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 5. Mai 2021. Während die selbst berichteten Haushaltsnettoeinkommen der Selbstständigen-Haushalte im Januar und Februar 2021 im Vergleich zu 2019 zurückgingen, stiegen die Einkommen der Angestellten- und Beamtenhaushalte nominal sogar um fünf Prozent. In den anderen betrachteten Haushaltstypen veränderten sich die Einkommen im Durchschnitt nicht, wobei individuell aufgrund von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit deutliche Verschiebungen vorliegen können.

7. Deutscher Aufbau- und Resilienzplan nach Brüssel übermittelt

Um Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) der Europäischen Union zu erhalten, müssen die Mitgliedstaaten Pläne für umfangreiche Investitionen und Reformen vorlegen, welche die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Pandemie befördern und die soziale Resilienz stärken sollen. Deutschland stehen aus der ARF Mittel in Höhe von circa 25 Milliarden Euro zu. Der Schwerpunkt der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne (ARP) soll dabei auf der Bewältigung der beiden großen Herausforderungen Klimawandel und digitale Transformation liegen. Dies spiegelt auch der finale [deutsche ARP](#) wider. Dabei decken die klimafreundlichen Maßnahmen ein breites Spektrum ab: etwa von der Dekarbonisierung durch erneuerbaren Wasserstoff über klimafreundliche Mobilität bis hin zu energiesparendem Bauen und Sanieren. Die Digitalisierung zieht sich wiederum durch viele der insgesamt 40 Maßnahmen des ARP. Nicht zuletzt enthält dieser auch eine nationale digitale Bildungsoffensive. Weitere Maßnahmen zielen auf die Förderung der sozialen Teilhabe und Partizipation am Arbeitsmarkt. Zur sozialen Resilienz gehören zudem ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und der Pandemieschutz. Zur Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit arbeitet Deutschland weiterhin

daran, insbesondere Prozesse in der öffentlichen Verwaltung zu beschleunigen und zu digitalisieren sowie bestehende Kapazitätsengpässe abzubauen.

8. „Moderater“ Bürokratieaufwand durch Kurzarbeit

Die Bundesregierung hält den Bürokratieaufwand durch die auf Millionenwerte gestiegene Zahl an Kurzarbeitern 2020 für die Finanzverwaltung für „moderat“. Das schreibt sie in ihrer Antwort ([19/28553](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 3. Mai 2021 berichtete. Sie räumt ein, dass der Bezug von Kurzarbeitergeld in den Veranlagungszeiträumen 2020 und 2021 voraussichtlich zu einer Zunahme von Pflichtveranlagungen führen werde. Die zusätzlichen Steuererklärungen verursachten auch Verwaltungskosten. Da jedoch viele Steuerpflichtige bereits ohne jegliche Verpflichtung eine Steuererklärung abgaben, werde „der zusätzliche Aufwand für die Verwaltung als moderat eingeschätzt“.

9. Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung [mitteilte](#), beschloss das Bundeskabinett am 5. Mai 2021 den Gesetzentwurf zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. Damit wird ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt, der ab August 2026 zunächst für alle Kinder der ersten Klassenstufe gelten soll und in den folgenden Jahren bis zum August 2029 um je eine Klassenstufe ausgeweitet wird. Der Rechtsanspruch wird im Sozialgesetzbuch VIII geregelt und sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an allen fünf Werktagen vor, unter Anrechnung der Unterrichtszeit. Der mit der Einführung des Rechtsanspruchs einhergehende Ganztagsausbau wird mit Investitionen in Höhe von bis zu 3,5 Milliarden Euro unterstützt. Zudem beteiligt sich der Bund an den laufenden Kosten, sodass die Mittel 2030 960 Millionen Euro pro Jahr erreichen werden. Der BFB begrüßt diesen Gesetzentwurf, womit die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie entsprechend dem Bedarf von Freiberuflern ausgebaut werden. Eine zeitlich ausreichende, wohnortnahe Kinderbetreuung für Selbstständige und Angestellte ist unabdingbar, um die Ausübung des Berufs in Vollzeit zu ermöglichen.

10. OECD-Sonderauswertung zu Lesekompetenz und Lesegewohnheiten von Jugendlichen in Zeiten zunehmender Digitalisierung vorgestellt

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung [mitteilte](#), wurde am 4. Mai 2021 eine Sonderauswertung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit dem Titel „21st Century Readers“ vorgestellt. Die OECD-Studie beruht auf Daten aus der PISA-Erhebung im Jahr 2018, bei der 15-Jährige getestet und befragt wurden. Die wichtigsten Erkenntnisse der Studie sind: In Deutschland gibt es im Bereich Lesekompetenz Leistungsunterschiede zwischen Mädchen und Jungen sowie zwischen sozioökonomisch begünstigten und benachteiligten Schülern. In 35 Ländern, insbesondere auch Deutschland, besteht zwischen den Schülerleistungen im Bereich Lesekompetenz und der Nutzungsdauer digitaler Geräte für schulische Zwecke ein negativer Zusammenhang. Leider nahm auch die Lesefreude der Schüler in Deutschland zwischen 2008 und 2018 deutlich ab, nur Finnland und Norwegen verzeichneten ähnlich starke Rückgänge.

11. Regionale Wirtschaftsförderung schafft erfolgreich neue Jobs

Regionale Wirtschaftsförderung sichert Beschäftigung in strukturschwachen Gegenden und reduziert die regionale Ungleichheit – und zwar zu geringeren Kosten als andere politische Maßnahmen wie beispielsweise die Erhöhung von Geldzahlungen an Arbeitslose. Geht die Subvention hingegen zurück, sinkt die Beschäftigung. Dies zeigt eine Studie des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Kooperation mit der Universität Mannheim, die die Subventionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den Jahren 1997 bis 2017 untersucht. Die am 3. Mai 2021 veröffentlichte [Studie](#) (in englischer Sprache) basiert auf Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Statistischen Bundesamts.

12. Unternehmen erwarten gravierende Veränderungen durch KI

Acht von zehn (79 Prozent) Unternehmen in Deutschland erwarten, dass Künstliche Intelligenz (KI) Wirtschaft und Gesellschaft spürbar spätestens bis 2030 verändern wird. Jedes elfte (neun Prozent) rechnet damit sogar schon im kommenden Jahr, jedes fünfte (22 Prozent) in zwei bis fünf und jedes dritte (33 Prozent) in sechs bis zehn Jahren. 15 Prozent meinen sogar, dass KI dies bereits tut, umgekehrt erwarten nur 17 Prozent vor Ablauf von zehn Jahren Auswirkungen. Aber kein Unternehmen geht davon aus, dass KI an Wirtschaft und Gesellschaft spurlos vorbeigehen wird. Das sind Ergebnisse einer Befragung unter Unternehmen ab 20 Beschäftigten im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, [veröffentlicht](#) am 3. Mai 2021.

13. Nutzen der Digitalisierung

Gut ein Jahr nach dem ersten Lockdown zweifeln nur noch zwölf Prozent aller Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten am wirtschaftlichen Nutzen der Digitalisierung für ihr Unternehmen. Zu Beginn der Pandemie vor einem Jahr gaben noch 27 Prozent an, ihnen sei der Nutzen unklar, vor zwei Jahren waren es sogar 34 Prozent. Gleichzeitig sagen aktuell zwei Drittel (64 Prozent), dass digitale Technologien dem Unternehmen helfen, die Pandemie zu bewältigen. Und in fast allen Unternehmen (95 Prozent) gewann durch Corona die Digitalisierung von Geschäftsprozessen an Bedeutung. Das sind Ergebnisse einer Befragung im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 5. Mai 2021 [vorgestellt](#) wurden.

14. Woche der Meinungsfreiheit gestartet

Anfang dieser Woche ist die [Woche der Meinungsfreiheit](#) vom 3. bis 10. Mai 2021 gestartet. Sie wird von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen getragen. Ihr Zweck ist es, die Bedeutung der Freiheit des Wortes in einer Demokratie in den öffentlichen Fokus zu stellen. Der Börsenverein formuliert: „In einem zunehmend schwierigen gesellschaftlichen Diskursklima möchte der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Initiator dieser Woche, Redeanlässe schaffen, Resonanzräume für aktuelle Diskussionen gestalten und vorurteilsfreie Debatten fördern.“ Vom Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai bis zum Tag der Bücherverbrennung in Deutschland am 10. Mai finden zurzeit unter dem Claim #MehrAlsMeineMeinung bundesweit Online-Gesprächsrunden, Lesungen und Aktionen statt. Partner sind weit über 30 Organisationen und Unternehmen: von Amnesty International über das Goethe Institut bis zur Eintracht Frankfurt. Inhaltliche Basis ist die „Charta der Meinungsfreiheit, zu deren [Unterzeichnung](#) aufgerufen wird.“

15. Personalie: Wechsel in der SES-Geschäftsführung

Beim Senior Experten Service (SES) gab es zum 1. April 2021 einen [Wechsel](#) in der Hauptgeschäftsführung. Dr. Michael Blank, zuvor Delegierter der Deutschen Wirtschaft in

Ghana, übernimmt die Geschäftsführung der SES in Bonn. Er folgt auf Dr. Susanne Nonnen, die altersbedingt aus dem Amt scheidet. Der BFB ist seit 2008 Partner der SES-Initiative [Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen](#), ein bundesweites Mentorenprogramm für junge Menschen, denen die Ausbildung schwerfällt.